

PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 25. APRIL 2023



ANTRAG **EXPRESSBUSLINIEN: ANGEBOT FÜR ARBEITNEHMER:INNEN ERWEITERN**

Der Weg zur Arbeit und zurück soll für die Menschen in Bremen besser mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu absolvieren sein. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft heute einen Antrag verabschiedet, der zum Ziel hat, das Angebot mit Expressbuslinien auszuweiten.

„In Bremen gibt es zahlreiche Pendlerströme zu den großen Arbeitgebern wie zum Beispiel das Mercedes-Benz Werk oder ArcelorMittal. Es gibt viele Tausend Einpendler:innen, Menschen, die in den Gewerbegebieten wie dem GVZ und der Hansalinie arbeiten. Und der Weg zur Arbeit oder von der Arbeit nach Hause ist wesentlicher Bestandteil des Arbeitsalltags vieler Beschäftigter“, sagte die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anja Schiemann, am Rande der Sitzung. „Kurze Arbeitswege können Beschäftigte effektiv zeitlich entlasten und ihnen somit mehr Erholungs- und Familienzeit ermöglichen.“

Knotenpunkte besser anbinden

„Aufgrund der hohen Beschäftigungsdichte werden insbesondere dort, wo keine Straßenbahn fährt, attraktive Schnellbusverbindungen von und zu den Knotenpunkten beispielsweise zum Hauptbahnhof, Bahnhof Sebaldsbrück, Bahnhof Mahndorf und Bahnhof Burg benötigt“, so die Sozialdemokratin weiter. „Und angesichts der klimapolitischen Zielsetzungen und der vielen Beschäftigten, die auf andere Verkehrsträger als das Auto angewiesen sind, muss es Ziel sein, über den motorisierten Individualverkehr hinaus eine schnelle und attraktive verkehrliche Anbindung des Beschäftigungsortes, unter anderem durch den ÖPNV, sicherzustellen.“



Anja Schiemann

Expressbuslinien, wie sie bereits mit der Linie 63 S vom Hauptbahnhof zum GVZ existierten, stellten dabei ein attraktives und effektives ÖPNV-Angebot dar. Insbesondere böten sich dabei die Zeiten des



Schichtwechsels an, zu denen sie weitere Strecken ohne Zwischenhalt zurücklegten, nur wichtige Umsteigepunkte bedienten und insbesondere auch die Stadtrandbereiche erschlossen. Schiemann: „Insgesamt können Expressbuslinien kürzere Wege zur Arbeit ermöglichen, indem Umstiege reduziert werden, lange oder ungünstige Umsteigezeiten entfallen und sich Fahrtzeiten durch weniger Haltepunkte reduzieren. Dadurch könnten insbesondere an den Stadtgrenzen von Bremen ergänzende Angebote für Pendler:innen geschaffen werden und insgesamt eine Angebotslücke im ÖPNV geschlossen werden. Expressbuslinien können auch im stadt-regionalen Busverkehr zum Einsatz

kommen, um vor allem auch für Ein- und Auspendlerinnen ein attraktives ÖPNV-Angebot in den Bereichen ohne Bahn oder Straßenbahnanschluss zu ermöglichen.

Die Linie 63 S habe sich bewährt, daher solle nun auch Beschäftigten in weiteren Gewerbegebieten eine schnelle ÖPNV-Anbindung gesichert und weitere Linien eingerichtet werden.

Gut für Beschäftigte, Unternehmen und Umwelt

„In der kürzlich beschlossenen VEP-Teilfortschreibung 2025 sind Expressbuslinien Teil der ‚ÖPNV-Strategie‘“, erklärte Schiemann. „Die dort beschriebene Angebotsstufe 4 beschäftigt sich explizit mit der stadtweiten Einrichtung von Expressbuslinien in Bremen. Mit unserem Antrag fordern wir nunmehr den Senat auf, bereits jetzt Gespräche mit der BSAG, VBN und ZVBN sowie den großen Unternehmen und den Gewerkschaften zu führen, um die möglichst rasche Umsetzung weiterer Expressbuslinien zu gewährleisten, entsprechende Erfahrungen mit vergleichbaren Linien wie der 63 S in die Planungen mit einzubeziehen und zu prüfen, wie die vorhandene verkehrliche Infrastruktur wie beispielsweise Haltestellen, Busspuren, Busschleusen und die Beeinflussung von Ampelanlagen zugunsten der Expressbuslinien angepasst werden kann. Denn eine schnelle und attraktive Anbindung mit dem ÖPNV kommt nicht nur den Beschäftigten und Unternehmen, sondern auch der Umwelt zugute, da zu erwarten ist, dass viele Beschäftigte bei einem komfortablen und raschen ÖPNV-Angebot, wie sie Expressbuslinien ermöglichen, potenziell vom eigenen Auto auf den ÖPNV umsteigen und der Individualverkehr in der Stadt reduziert werden kann.“

>Antrag: [Den Weg zur Arbeit durch Expressbuslinien verkürzen](https://www.bremens.de/Antrag-Den-Weg-zur-Arbeit-durch-Expressbuslinien-verkurzen-bit.ly/expressbuslinien)
[bit.ly/expressbuslinien](https://www.bremens.de/Antrag-Den-Weg-zur-Arbeit-durch-Expressbuslinien-verkurzen-bit.ly/expressbuslinien)

ANTRAG MEHR LADEMÖGLICHKEITEN IN BREMER PARKHÄUSERN

Die Lademöglichkeiten für Elektroautos und andere Formen der E-Mobilität sollen in Parkhäusern sowie bei Park-and-Ride-Parkplätzen ebenso ausgeweitet werden wie die Ausstattung mit Photovoltaikanlagen oder Dachbegrünungen. Das hat die Stadtbürgerschaft heute auf Initiative der rot-grün-roten Koalition beschlossen.

Damit setzte das Parlament eine Empfehlung der Enquete-Kommission um, die in der nun ablaufenden Legislaturperiode eine „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ erarbeitet hatte. So sieht der Antrag unter anderem vor, dass der Senat gemeinsam mit der BREPARK ein Konzept für die Errichtung von Photovoltaikan-



Volker Stahmann

lagen auf deren Parkhäusern und Parkplätzen erstellen und dabei auch insektenfreundliche Dachbegrünungsmöglichkeiten prüfen soll. Eingeführt werden soll zudem eine Pflicht zur solaren Überbauung von



Parkplätzen und zur Nutzung der Dachflächen von Parkhäusern für Photovoltaikanlagen gemäß den Empfehlungen der Enquete-Kommission.

Eine weitere wesentliche Forderung des Antrages ist, dass der Senat gemeinsam mit BREPARK und Wesernetz den weiteren Ausbau der Ladeinfrastruktur für unterschiedliche Formen der E-Mobilität in allen Parkhäusern, den Parkplätzen sowie den Park-and-Ride- sowie Bike-and-Ride-Parkplätzen forcieren soll.

„Der Ausbau von Ladeinfrastruktur ist dringend geboten. Gerade im öffentlichen Raum brauchen Bremen und Bremerhaven Angebote an Ladesäulen“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann, am Rande der Bürgerschaftssitzung und fügte an: „Nirgends ist es sinnvoller und dringlicher als in den Parkhäusern. Und deswegen muss die BREPARK, in Absprache mit den Energieversorgern, endlich liefern.“

ANFRAGE MIETER:INNENVEREINE: SACHSTAND ZUR KOSTENLOSEN MITGLIEDSCHAFT

Welche Relevanz bemisst der Senat einem niedrigschwelligen und kostenfreien Beratungsangebot für Empfänger:innen von Transferleistungen zur Wahrung ihrer Mieter:innenrechte? Welche konkreten Maßnahmen hat der Senat in den letzten Monaten unternommen, um dieser Zielgruppe eine kostenfreie Mitgliedschaft in einem Mieter:innenverein in Bremen oder eine Beratung durch sie anbieten zu können und wann werden diese Angebote zur Verfügung stehen? Und wie genau soll eine kostenfreie Mitgliedschaft in einem Mieter:innenverein nach derzeitigem Planungsstand praktisch wahrgenommen werden können und/oder welche Standorte für kostenfreie Beratungsangebote werden anvisiert? Das wollte Falk Wagner, Sprecher für Wohnen der SPD-Fraktion, heute in der Fragestunde wissen.

„Ein kostenfreies mietrechtliches Beratungsangebot im Bedarfsfall ermöglicht es Empfänger:innen von Transferleistungen, eigene Rechte geltend zu machen, ohne dass Kostengründe dagegensprechen. Es kann somit ein wichtiges Instrument sein, Ungleichheiten am Wohnungsmarkt zu begegnen“, antwortete Sozialstaatsrat Jan Fries für den Senat. Es bestehe bereits die

Möglichkeit der Kostenübernahme von Mitgliedsbeiträgen eines Mieter:innenvereins für Empfänger:innen von Transferleistungen im Bedarfsfall. Modellhaft sei zudem in der Neuwieder Straße eine Vor-Ort-Beratung des Mieter:innenvereins initiiert worden. Hier erfolge eine generelle Kostenübernahme für alle ratsuchenden Empfänger:innen von Transferleistungen. Auch für weitere Objekte sei die Kostenübernahme vorab zugesichert worden. Fries weiter: „Die Übernahme der Kosten für einen Mieter:innenverein erfolgt im Einzelfall im Rahmen der Kosten der Unterkunft. Für einzelne Objekte erfolgte zuletzt eine generelle Übernahme der Kosten für die Mietparteien im Leistungsbezug. Das Modell der Vor-Ort-Beratung durch den



Falk Wagner

Mieter:innenverein wird ausgewertet und dann gegebenenfalls auf andere Standorte erweitert.“

Wagner erkundigte sich in einer Nachfrage nach Details zu dem genannten Modellprojekt

und erhielt von Fries zur Antwort, dass es in den kommenden Tagen einen Runden Tisch mit dem Mieter:innenverein geben solle, bei dem dieser von seinen Erfahrungen berichten werde. „Dann haben wir eine Grundlage, um zu gucken, ob das ein Modell ist, dass man ausweiten kann und sollte“, sagte der Staatsrat und nannte auf Wagners Nachfrage etwa die George-Albrecht-Straße als möglichen weiteren Ort.

Wagner wollte zudem wissen, was mit denjenigen ist, die nicht an einem dieser Hotspots leben, wie die Regelungen zur generellen Kostenübernahme für die Mitgliedschaft in einem Mieter:innenverein aussähen, ob zunächst an andere Beratungsangebote verwiesen werde oder ob inzwischen eine ähnliche Praxis wie in Hamburg angewandt werde, wo ein „Bedarfsfall“ großzügig ausgelegt werde und im wesentlichen vom Empfinden der Betroffenen abhängt. Fries erklärte, seine Behörde sehe leistungsrechtliche Schwierigkeiten bei der Gewährung einer solchen Mitgliedschaft als Pauschalleistung, wenn ein Bedarf geltend gemacht werde, würden die Kosten aber übernommen. Die Details der Bremer Verwaltungspraxis kenne er aber nicht.